



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

Bürger  
Energie  
Bremen eG



BUND Landesverband Bremen e. V. · Am Dobben 44 · 28203 Bremen

Ortsamt Schwachhausen / Vahr  
Wilhelm-Leuschner-Str. 27A  
28329 Bremen

nur per E-Mail

Bremen, den 01.02.2021

## Offener Brief an die Beiräte in Bremen

### Solarcity Bremen – Initiative aus den Stadtteilen dringend erforderlich!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Entwicklung Bremens zur Solarcity ist unverzichtbarer Teil einer Strategie zur Einhaltung der Klimaziele und braucht dringend eine Photovoltaik-Initiative aus den Stadtteilen. Die Stimme der Beiräte ist gefragt, um der Solarenergie auf öffentlichen Dächern und bei privaten Bauvorhaben Schub zu geben. Ihre Initiative kann helfen, den Klimaschutz in Bremen voranzubringen.

Für die laufende Legislaturperiode vereinbarte Ziele der rot-grün-roten Koalition sind, dass Bremen eine „*Vorreiterrolle beim Klimaschutz*“ spielen soll und dass die Koalition „*alle geeigneten öffentlichen Dächer mit Photovoltaikanlagen ausrüsten [wird], wo dies wirtschaftlich rentabel ist*“ (Koalitionsvereinbarung 2019: S. 22)

Da im Mai 2021 bereits die zweite Halbzeit der Koalition beginnt, müssen die Fortschritte bei der Erreichung dieses Ziels hinterfragt und auf mehr Tempo bei der Umsetzung gedrängt werden. Die Beiräte sind dabei wichtige Akteure, da sie für die örtlichen Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zuständig sind und über Informations- und Beteiligungsrechte hinsichtlich der öffentlichen Gebäude verfügen.

Im Folgenden möchten wir relevante Entwicklungsschritte aus dem Jahr 2020 in Erinnerung rufen, um anschließend unseren Handlungsvorschlag und unser Unterstützungsangebot für das Jahr 2021 darzulegen.

## 1. Eckdaten und Entwicklung 2020

- Am 20.03.2020 schickte die übergreifende Arbeitsgruppe „PV auf öffentlichen Gebäuden“ (Aktive aus dem Verein Klimazone Findorff e.V. in Kooperation mit BUND und Greenpeace), deren Ziel es ist, den Ausbau von PV-Anlagen in den Stadtteilen auf öffentlichen Dächern zu fördern, einen offenen Brief „Anregungen zum Ausbau von PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern“ an die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen, die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie den Senator für Finanzen.

In dem offenen Brief wurde auf die im Auftrag von Immobilien Bremen (IB) erstellten „Klimaschutzteilkonzepte SVIT-Gebäude“ (KSTK) hingewiesen, die als planerische Grundlagen für die Wahl geeigneter Standorte von PV-Anlagen für zahlreiche Stadtteile zur Verfügung stehen. Durch die Ersparnis von Stromkosten (Eigenverbrauch) und die Einnahmen durch Einspeisung überschüssigen Stroms zählen PV-Anlagen über 20 Jahre gerechnet zu den kostengünstigsten Mitteln, im Gebäudesektor CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

- Am 15.05.2020 fand die erste Sitzung der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ statt. Weitere Sitzungen folgten.<sup>1</sup>
- Am 11.06.2020 fasste die Bürgerschaft einen umfangreichen Beschluss zur Entwicklung eines Landesprogrammes Solarcities Bremen und Bremerhaven.  
Im Rahmen dieses Landesprogrammes sollen u. a. „alle geeigneten öffentlichen Dächer im Bestand sowie alle öffentlichen Neubauten mit Photovoltaik [ausgerüstet werden], wo dies wirtschaftlich rentabel ist“ und „in dieser Legislaturperiode alle wirtschaftlich rentablen Maßnahmen [umgesetzt werden].“<sup>2</sup>
- Mit Schreiben vom 22.09.2020 an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie den Senator für Finanzen bekundete die Bremer Bürgergenossenschaft Bürger Energie Bremen eG (BEGeno) ihr Interesse, Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden in Bremen zu planen, zu realisieren und dauerhaft an IB zu verpachten. Ein gleichartiges Schreiben von der Energiewende-Initiative Bremer SolidarStrom wurde am 02.10.2020 an die o.g. Akteure verschickt. Auch die swb AG hat gegenüber der Stadt ihr Interesse bekundet, auf öffentlichen Dächern PV-Anlagen zu errichten und zu betreiben.
- Am 02.11.2020 veranstalteten der BUND Bremen und die Bremer Heimstiftung im Klimaquartier Ellener Hof einen Fachtag: „Vom Klimaquartier zu Solarcity – Bremen macht sich auf den Weg“. Hier wurde u. a. durch Immobilien Bremen (IB) das Ziel formuliert, bis 2023 zehn PV-Anlagen auf Neubauten und 30 PV-Anlagen auf Bestandsgebäuden zu errichten.

---

<sup>1</sup> Protokolle: <https://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?id=735>  
In der 4. Sitzung vom 28.08.2020 wurde das Thema PV intensiv diskutiert.

<sup>2</sup> Bürgerschaftsbeschluss 20/215: [https://paris.bremische-buergerschaft.de/starweb/paris/servlet.starweb?path=paris/LISSHFL.web&format=LISSH\\_MoreDokument\\_Report&search=WP=20+AND+DNR=424+AND+DART=d](https://paris.bremische-buergerschaft.de/starweb/paris/servlet.starweb?path=paris/LISSHFL.web&format=LISSH_MoreDokument_Report&search=WP=20+AND+DNR=424+AND+DART=d)

- In einer Pressemitteilung des „denkhausbremen“ vom 11.12.2020 warnen Bremer NGOs vor Verzögerungen bei Klimaschutzmaßnahmen, die dadurch zu erwarten sind, dass konkrete Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ erst Ende 2021 nach Vorlage eines Abschlussberichts vorliegen sollen.<sup>3</sup>

Es kann festgestellt werden, dass das Jahr 2020 in Bremen genutzt wurde, diverse theoretische Vorbereitungen zum Klimaschutz zu treffen. Jetzt ist es an der Zeit, konkrete Maßnahmen umzusetzen und tatsächlich PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern zu bauen.

## 2. Handlungsvorschläge für die Beiräte im Jahr 2021

Die Ziele von Senat und IB zum Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Dächern sollten aus den Stadt- und Ortsteilen heraus mit greifbaren Vorschlägen für geeignete Objekte unterstützt werden. Wir glauben, dass ein deutlich schnellerer Solarausbau als von der IB angegeben notwendig und möglich ist. Daher fordern wir jeden einzelnen Beirat auf, in diesem Jahr in seinem Stadtteil eine PV-Anlage auf einem kommunalen Gebäude bauen zu lassen und im nächsten Jahr zwei.

Als Entscheidungshilfen bieten sich die im Auftrag von IB erstellten „Klimaschutzteilkonzepte“ (KSTK) an. **Um real über die einzelnen Standorte beraten zu können, sollten die Beiräte die Langfassungen für ihr Zuständigkeitsgebiet anfordern. Es bietet sich an, dass Sie sich die KSTK durch IB zeitnah in einer Fachausschuss-Sitzung vorstellen und erläutern lassen.** In diesem Zusammenhang könnten sich die Beiräte sowie die Nutzer\*innen der öffentlichen Gebäude und die lokalen Akteure aus den Stadtteilen über die Sanierungsprioritäten und die PV-Potenziale informieren lassen und ihre Einbindung bei der Umsetzung einfordern.

**Konkret sollten die Beiräte bei der Prüfung von Bauanträgen alle Antragsteller\*innen dazu auffordern, PV-Optionen konsequent zu nutzen und auf die umfangreichen Beratungsmöglichkeiten hinweisen. Genehmigungen sollten von vorherigen PV- und Solarthermie-Beratungen abhängig gemacht werden.**

Die in allen Zielen betonte wirtschaftliche Rentabilität der Maßnahmen kann u. a. dadurch erreicht werden, dass neben Bau und Betrieb der PV-Anlagen durch IB öffentliche Dächer auch für genossenschaftliche Bürgerbeteiligungsmodelle geöffnet werden.

Im Übrigen werden im Rahmen des Bremen-Fonds erhebliche Mittel zur Stabilisierung der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Auch der Bau von Solaranlagen auf öffentlichen Dächern sollte als Beitrag zur Verbesserung der Bremer Klimabilanz von diesen Mitteln profitieren.

---

<sup>3</sup> <https://denkhausbremen.de/klimaschutz-jetzt-umsetzen/>

3. Angebot der Zusammenarbeit

Die diesen Brief unterzeichnenden Organisationen bieten Ihnen Unterstützung an.

Zum Beispiel könnte in Ihrem Beiratsgebiet ein Pilotprojekt entstehen, bei dem mit Hilfe genossenschaftlicher Bürgerbeteiligungsmodelle Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden in Bremen geplant und realisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen